

## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| CEEP-Präsident Reck bei EU-Sozialgipfel                      | 1  |
| Verleihung des CEEP-CSR-Gütezeichens in Mailand              | 3  |
| Konferenz zur TTIP am 26.11.14 – Anmeldung ab sofort möglich | 5  |
| Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP                           | 6  |
| Aktueller Stand Thema Freihandelsabkommen                    | 9  |
| EU-News im Überblick   | 11 |
| Aktuelles aus Wissenschaft und Forschung                     | 15 |
| Kontakt  | 16 |

## CEEP-Präsident Reck bei EU-Sozialgipfel: „Die EU muss wieder die Weichen für Wachstum stellen“

**Brüssel. Anlässlich des turnusmäßigen Dreigliedrigen Sozialgipfels, der am 23.10.2014 im Rahmen des Europäischen Rates in Brüssel stattfand, hat der Präsident des Europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) und des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (bvöd), Hans-Joachim Reck, Empfehlungen zur Wiederbelebung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in Europa vorgestellt.**

Der EU-Sozialgipfel findet zweimal pro Jahr statt, und zwar jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- beziehungsweise der Herbsttagung des Europäischen Rates. Er ist ein wichtiges Forum für den Austausch zwischen den EU-Sozialpartnern, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat sowie den Regierungschefs und Arbeitsministern der Mitgliedstaaten, die jeweils den Ratsvorsitz gerade führen bzw. ihn anschließend übernehmen.



*Hans-Joachim Reck traf den Präsidenten der EU-Kommission, Manuel Barroso, vor dem Sozialgipfel zu einem persönlichen Gespräch.  
Foto: © European Union, 2014*

## Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin  
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: info@bvoed.de  
www.bvoed.de

Öffentliche Dienstleistungen seien das Rückgrat des europäischen Wirtschaftsmodells. Daher sind aus Sicht von Reck Investitionen in Unternehmen, Bildung und Infrastruktur die Grundlagen für künftigen Wohlstand, technischen Fortschritt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dafür müssten öffentliche und private Investitionen Hand in Hand gehen und sich gegenseitig ergänzen: Öffentliche Investitionen in Infrastrukturen und Netze verbessern die Effizienz und die Allokation privater Investitionen in Unternehmen, Sektoren oder Projekte.

Dieser Schneeballeffekt ist nachweisbar: Dem Internationalen Währungsfonds zufolge führt eine Steigerung der öffentlichen Investitionen um ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu einem Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent im selben Jahr. Vier Jahre später liegt die Steigerung bei mehr als 1,5 Prozent. Reck wies allerdings auch darauf hin, dass es nicht nur auf die richtigen Finanzinstrumente ankomme, sondern auch auf die richtigen politischen Rahmenbedingungen, die wieder Vertrauen in die Stärken von Europas Wirtschaft wecken müssten. Das digitale Zeitalter biete zudem eine große Chance für Europas Wirtschaft.



*Reck im Gespräch mit dem scheidenden EU-Sozialkommissar László Andor vor der Pressekonferenz zum Sozialgipfel.  
Foto: © European Union, 2014*

Ein weiterer Fokus des Europäischen Rates und damit auch des Sozialgipfels lag auf der EU Energie- und Klimapolitik. In dieser Hinsicht unterstützte Reck die jüngst von der EU-Kommission vorgelegte Mitteilung zum Energiebinnenmarkt, insbesondere im Hinblick auf den darin enthaltenen Appell zum Infrastrukturausbau. Investitionen in die Energienetze sind der Schlüssel für das übergeordnete Ziel Europas, eines sicheren, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Energiesystems. Zudem appellierte der CEEP an eine zügige Reform des Emissionshandelssystems.

Zur Pressemitteilung des CEEP:

[The EU needs to be brought back on tracks](#)

Zur Pressemitteilung der EU-Kommission:

[Dreigliedriger Sozialgipfel – Investitionstätigkeit muss belebt werden, um mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen](#)

Eindrücke vom Sozialgipfel im Video:

[LINK](#)

Pressekonferenz zum Sozialgipfel:

[LINK](#)

## Verleihung des CEEP-CSR-Gütezeichens in Mailand: Vier deutsche Unternehmen ausgezeichnet



Zusammen mit 20 weiteren Unternehmen aus Frankreich, Schweden, Portugal, Italien und Großbritannien wurden am Mittwoch dieser Woche (29.10.) vier deutsche öffentliche Unternehmen, darunter zwei bvöd-Mitgliedsunternehmen aus Berlin, mit dem europäischen Gütezeichen des CEEP ausgezeichnet: die Berliner Stadtreinigung (BSR), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die Stadtreiniger Würzburg und die Entsorgung Dortmund (EDG).

Das CEEP-CSR-Label wurde 2008 in Kooperation mit der Europäischen Kommission etabliert und wird seitdem an öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen vergeben, die nachweislich erfolgreich CSR-Prinzipien nach den geltenden Standards der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umsetzen. Die Unternehmen durchlaufen dafür einen dreistufigen Bewerbungsprozess. Das CEEP-CSR-Gütezeichen wurde seit 2008 an rund 100 Unternehmen aus ganz Europa verliehen und ist zwei Jahre gültig.

Corporate Social Responsibility steht für die gesellschaftlich-soziale Verantwortung von Unternehmen. Auf freiwilliger Basis und über rechtliche Vorschriften hinausgehend werden wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange in Kultur, Strategie und Tätigkeit von Unternehmen nachhaltig integriert und weiterentwickelt.

### Die Preisträger 2014 im Überblick:

#### Frankreich:

- Ciliopée
- Nantes-Gestion Equipement (NGE)
- Perfect Union
- SEMAEST
- SEQUANO Aménagement
- SERL
- SIC – Société d'immobilière de la Nouvelle Calédonie
- SIDR
- SODEGIS

#### Deutschland:

- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- Berliner Stadtreinigung (BSR)
- Entsorgung Dortmund GmbH (EDG)
- Die Stadtreiniger – Stadt Würzburg

#### Schweden:

- Fyrishov AB
- Stockholm Vatten

#### Vereinigtes Königreich:

- Scape Group

**Italien:**

- A2A
- ACEA SpA
- AIMAG
- Ambiente Servizi
- CAP Holding
- Gruppo HERA

**Portugal:**

- APS – Administração dos Portos de Sines e do Algarve
- GEBALIS



*Gruppenfoto mit den Vertreterinnen und Vertretern der in Mailand ausgezeichneten öffentlichen Unternehmen.*

*Foto: © CEEP 2014*

Weitere Meldungen zur Verleihung:

- [Europäisches CSR-Gütezeichen an deutsche öffentliche Unternehmen verliehen](#) Pressemitteilung bvöd
- [VKU-Mitgliedsunternehmen mit CEEP-CSR-Label ausgezeichnet](#) Pressemitteilung VKU
- [24 enterprises awarded for their groundbreaking commitment to CSR](#) Pressemitteilung CEEP



*Foto: © CEEP 2014*

## Konferenz zur TTIP am 26.11.14 – Anmeldung ab sofort möglich



Konferenz  
26. November 2014 | Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin-Tiergarten



### TTIP: Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?



Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Bündnis TTIPunfairHandelbar veranstaltet der bvöd am **26. November 2014** in Berlin eine ganztägige Konferenz zum Thema der geplanten transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA:

**"TTIP: Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?"**

Die Veranstaltung findet bei der [Friedrich-Ebert-Stiftung](#) statt.

Wie das [Programm](#) verdeutlicht, wird das Thema im Rahmen von mehreren Podiumsdiskussionen und Workshops, u.a. zu den Bereichen Klima/Energie, ArbeitnehmerInnenrechte, Kultur/Medien, Investitionsschutz, Landwirtschaft/Ernährung/Verbraucherschutz, Finanzmarktregulierung, beleuchtet.

Der bvöd wird einen Workshop zum Thema „**TTIP und Öffentliche Dienstleistungen**“ als Teil der Konferenz durchführen. An dieser werden als Diskutanten teilnehmen:

- **Dr. Sabine Groner Weber**, Geschäftsführerin Personal und Fahrservice der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH und stellvertretende Präsidentin des bvöd
- **Prof. Markus Krajewski**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd
- **Marko Dürkop**, Europäische Kommission, Generaldirektion Handel (angefragt)

Zum vollständigen Programm mit Anmeldemöglichkeit: [LINK](#) (pdf)

**Anmeldeschluss ist der 19. November 2014.** Der Besuch der Veranstaltung ist kostenlos.

Den Anmeldebogen bitte per E-Mail [wirtschaftspolitik@fes.de](mailto:wirtschaftspolitik@fes.de) oder per Fax 030 269 35 9229 an die FES versenden.

## Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

---

### Themenbereich Public Services

#### Vorstellung der CEEP-Studie "Mapping 2" beim EWSA

Am 29. September wurden der ständigen Studiengruppe zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Permanent Study Group, PSG SGI) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zwei Studien zu der Situation öffentlicher Dienstleistungen in Europa vorgestellt. Eine davon war die 2012 veröffentlichte CEEP-Studie "[Mapping 2](#)". Ziel dieses Treffens war es, Erkenntnisse über die Ausprägung der öffentlichen Dienstleistungen in Europa und die wichtigsten statistischen Informationen in diesen Sektoren zu erlangen.

Die PSG SGI hat die Aufgabe, die Interessen der auf europäischer Ebene organisierten Zivilgesellschaft im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu beurteilen und zu fördern. Das übergeordnete Ziel ist es, sicherzustellen, dass allen europäischen Bürger der Zugang zu hochwertigen und erschwinglichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ermöglicht wird.

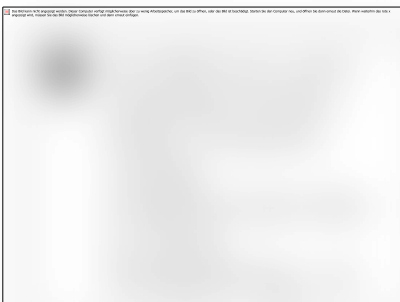
#### Sitzung des CEEP-Public Services Boards in Mailand

Die Mitglieder des Public Services Board trafen sich am 29. Oktober 2014 in Mailand vor der Verleihung des CEEP-CSR-Label an öffentliche Unternehmen. Themen auf der Agenda waren u.a. der Verlauf der TTIP- und CETA-Verhandlungen, die politischen Schwerpunkte der neuen EU-Kommission, die Zusammensetzung des neuen EU-Parlaments und einige branchenübergreifende Themen der Public Services, wie die Fortführung des Acquis+ -Projektes und die Implementierung des EU-Vergabepakets.

**Terminhinweis:** Die CEEP-Task Force Services of General Interest trifft sich am 7. November 2014 in Brüssel.

### Themenbereich Social Affairs

#### Treffen mit Valdis Dombrovskis, designierter Vize-Präsident der EU-Kommission für den Euro und den Sozialdialog



Die CEEP-Generalsekretärin Valeria Ronzitti traf am 29. September 2014 den nominierten Vize-Präsident der EU-Kommission für den Euro und den Sozialdialog, Valdis Dombrovskis. Dombrovskis besuchte Ende September die Büros der branchenübergreifenden Sozialpartner. So auch das des CEEP, um dessen Prioritäten in Bezug auf die neue EU-Kommission kennenzulernen. Die Nominierung des Letten

Dombrovskis ist aus Sicht von CEEP ein positives Signal für die branchenübergreifenden Sozialpartner, die bereits in den vergangenen Monaten ihre Einbindung in die Politik der EU-WWU und die der makroökonomischen Steuerung verbessern konnten.

Ronzitti stellte die Position von CEEP bezüglich langfristiger Investitionen vor und bekräftigte die Forderung nach Stärkung einer nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Dombrovskis notierte anlässlich seines Besuchs auch die Vorschläge von CEEP zur Verbesserung der Beteiligung der Sozialpartner im Prozess des Europäischen Semesters auf allen Ebenen.

Dieses informelle Treffen war ein erstes, positives Signal für Dombrovskis' Bereitschaft, mit den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten. Es bleibt aus CEEP abzuwarten, wie er seine Funktion als Vize-Präsident der Kommission wahrnehmen und seiner Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Semesters und der WWU gerecht werden wird.

### **CEEP bei Beschäftigungsgipfel in Mailand am 8. Oktober 2014 vertreten**

Die europäischen Staats- und Regierungschefs und Arbeitsminister kamen Anfang Oktober 2014 in Mailand zusammen, um über die anhaltende Arbeitslosigkeit in Europa zu beraten. Es war in den letzten 18 Monaten bereits der dritte Gipfel. Die EU-Sozialpartner wurden aufgefordert, ihre Vorschläge zu diesem Thema vorzustellen.

Die CEEP-Generalsekretärin Valeria Ronzitti [warb für einen langfristigen Ansatz in der europäischen Wirtschaftspolitik](#), um die europäische Wirtschaft auf eine solide Grundlage zu stellen. Sie stellte eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt, die ein gesundes Wachstum ermöglicht, ohne natürliches und soziales Kapital abzubauen.

Sie empfahl ferner, dass sich [öffentliche und private Investitionen ergänzen und nicht ersetzen sollten und eine Erhöhung öffentlicher Investitionen die privaten Investitionen steigern und nicht verdrängen können](#). Während des Gipfels gelang es den Staats- und Regierungschef der EU-Staaten nicht, sich über eine neue Investitionsstrategie oder die Ausgestaltung neuer Fonds zu einigen. Stattdessen verpflichteten sie sich, 6,4 Milliarden Euro für die Verringerung der Arbeitslosigkeit junger Arbeitnehmer in Europa zu verwenden. Bislang wurden erst 12 Prozent des Budgets abgerufen.

## **CEEP-Sektorthemen**

### **CEEP-Ausschusssitzungen des Sustainability Boards sowie der Task Forces Energie und Verkehr**

Am 25. September traf sich die **Sustainability Board**-Mitglieder der sektoralen CEEP-Task Forces, um gemeinsame Positionen und Präferenzen zu diskutieren. Hauptthema war der geplante Beitrag des

Sustainability Boards für die CEEP-Konsultationsantwort auf die Europa 2020-Strategie, das Policy-Kit für die MEPs und eine erste Diskussion zur geplanten CEEP-Studie über Liberalisierungen.

Am Nachmittag des 25. September trafen sich die Mitglieder der **CEEP-Task Force Energie** und diskutierten die mögliche neue Ausrichtung der EU-Kommission, die Profile und den Verlauf der Anhörungen der designierten Kommissare und die Schlussfolgerungen der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation "Eine Brücke bis 2025". Zudem waren das Thema Unbundling und die Rolle der lokalen Energieversorgungsunternehmen auf der Tagesordnung des Treffens.

Beim Treffen der **CEEP-Task Force Verkehr** am 26. September konzentrierten sich die Diskussionen auf die Frage, wie die Interessen der CEEP-Mitglieder in aktuellen verkehrspolitischen Fragen bestmöglich auf europäischer Ebene eingebracht werden können, das Thema „Open Data“ im Verkehrssektor sowie das Thema sicherer Lkw und ihre Auswirkungen auf die Städte.



Ein besonderer Schwerpunkt waren die laufenden Verhandlungen über das 4. Eisenbahnpaket. Über den aktuellen Stand informierte Giuseppe Izzo, Verkehrattaché der Ständigen Vertretung Italiens bei der EU, der zurzeit im Namen der italienischen Ratspräsidentschaft das Eisenbahnpaket im Rat verhandelt. Dieser Meinungsaustausch gab den CEEP-Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Standpunkte vorzutragen und über deren Verwirklichung zu diskutieren.

Izzo betonte, dass im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen der Rats-Präsidentschaft, die verschiedenen Teile des Pakets aufgeteilt werden können. Er wies darauf hin, dass der Rat die Trilogverhandlungen über die technische Säule des Pakets kürzlich gestartet habe, um im Dezember zum Abschluss zu kommen. Im Hinblick auf den politischen Teil des Pakets scheint die Präsidentschaft einen "allgemeine Ansatz" des Verkehrsrates im Dezember zu verfolgen. Er kündigte an, dass daher nach der Sitzung des Rates am 8. Oktober ein neuer Text mit Kernvorschlägen vorgestellt werden wird. Danach werden bestimmte Teile des Pakets, wie die Auswirkungen der Eisenbahngesetzgebung auf Bus, U-Bahn und Straßenbahn, das Thema der öffentlichen Verkehrspläne oder auch die Verbindung zwischen dem Netz und dem Umfang des Vertrages, noch ausführlich diskutiert werden.



## Aktueller Stand Thema Freihandelsabkommen

---

### CETA:

- **Geltung:** Die Übersetzung in alle EU-Amtssprachen sowie eine Analyse der juristischen Dienststellen des am 26. September von der EU-Kommission im Zuge des EU-Kanada-Gipfeltreffen veröffentlichten [Textes des EU-Kanada-Freihandelsabkommens \(CETA\)](#) wird voraussichtlich noch ein halbes Jahr dauern. Der CETA-Text ist damit noch nicht rechtskräftig und die politische Debatte, ob es sich um ein sog. gemischtes Abkommen handelt, ist weiter im Gange. Der u.a. von deutscher Seite kontrovers diskutierte Investorenschutz im CETA-Abkommen durch die Möglichkeit der Anrufung von Schiedsgerichten bleibt weiterhin politisch umstritten. Es ist jedoch völlig unklar, ob für CETA Nachverhandlungen möglich sind.
- **Sektor Wasser:** In einem [Interview mit der Wiener Zeitung Online](#) hat der kanadische Chefunterhändler Steve Verheul bestätigt, dass im CETA-Abkommen zwischen Wasserver- und Wasserentsorgung unterschieden werden müsse und bei Rekommunalisierungsentscheidungen durchaus unter bestimmten Konstellationen Kompensationspflichten entstehen könnten.

### TTIP:

- **Schiedsgerichtsverfahren:** Das Handelsblatt berichtete kürzlich auf Grundlage eines [internen Papiers der Generaldirektion Handel an die designierte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström](#), wonach man überlege, Schiedsgerichtsverfahren als Teil des Investorenschutzes (ISDS) aus der TTIP herauszunehmen. Malmström sprach sich in ihrer [Anhörung vor dem EU-Parlament Ende September](#) klar für die umstrittenen Handelsabkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA sowie für den Investorenschutz aus.
- **Verhandlungen:** Die [siebte Runde](#) der TTIP-Verhandlungen fand vom 29. September bis 3. Oktober im Washingtoner Vorort Chevy Chase statt.
- **Studie I:** Anfang Oktober hat Prof. Markus Krajewski, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, eine zusammen mit Britta Kynast verfasste Studie „[Auswirkungen des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens \(TTIP\) auf den Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen in Europa](#)“ veröffentlicht.
- **Studie II:** Ein am 30.10.2014 von Prof. Fischer-Lescano (Zentrum für Europäische Rechtspolitik, Universität Bremen) und Johan Horst (LL.M., Georgetown, Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel") veröffentlichtes [juristisches Kurzgutachten zu CETA](#) kommt für den Bereich der "Kommunalen Selbstverwaltung" zu dem Ergebnis, dass das Zusammenwirken von Mechanismen in CETA wie die Verwendung einer Negativliste, die Ratchet-Klausel, die weitgehende Marktöffnung im Bereich kommunaler Dienstleistungen und das Verbot von sog. "Offsets" die Garantie kommunaler Selbstverwaltung "nicht unwesentlich" beeinträchtigt und daher CETA diesbezüglich [europarechtswidrig](#) ist.
- **Position:** Unter dem Titel „[Risiken für Daseinsvorsorge ausschließen, Chancen für mehr Wachstum nutzen](#)“ legten die kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag,

Deutscher Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) am 01.10.2014 ein gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen wie TTIP vor.

- **Transparenz:** Am [09.10.2014](#) entschieden die EU-Staats- und Regierungschefs, das [Verhandlungsmandat](#) der EU-Kommission für das geplante TTIP-Abkommen zu veröffentlichen. Das 18-seitige Dokument ist die EU-Grundlage für die seit Juli 2013 laufenden Gespräche mit den USA über ein Freihandelsabkommen und war bereits im Vorfeld von EU-Abgeordneten „geleakt“ worden.
- **Regulatorische Kooperationsverpflichtung:** Laut einer Antwort ([18/2686](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([18/2370](#)) unterstützt die Bundesregierung das übergreifende Ziel einer verbesserten regulatorischen Kooperation im Rahmen der TTIP. Die betroffenen Bereiche der regulatorischen Kooperation würden sich erst im weiteren Verhandlungsverlauf näher abzeichnen, heißt es weiter. Die Bundesregierung vertrete hierbei die Position, dass es dem Gesetzgeber in den USA und in der EU auch nach Vereinbarungen über eine engere regulatorische Kooperation unbenommen bleiben müsse, auch in Zukunft das von ihm angestrebte Niveau zum Schutz von Gemeinwohlinteressen selbst festzulegen. Dies schließe ein, auch höhere Schutzniveaus vorzusehen, heißt es in der Antwort.
- **Debatte:** Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „EP-Berichterstatter im Dialog“ hat Bernd Lange MdEP (S&D) am vergangenen Freitag (31.10.2014) in Berlin die Position des Europäischen Parlaments zum TTIP-Abkommen [vorgestellt](#). Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament und wurde Anfang September zum Berichterstatter für das TTIP-Abkommen ernannt. **Für den Bereich der Daseinsvorsorge sprach er sich strikt dagegen aus, die unterschiedlichen Traditionen in Europa durch Zugeständnisse im Rahmen von TTIP zu gefährden.** Zu dem Instrument der ISDS und Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung im Abkommen äußerte er sich kritisch und sieht im EU-Parlament diesbezüglich keine Mehrheit. Darüber hinaus kündigte er an, dass das Parlament im Herbst mittels einer Resolution Bilanz über die Verhandlungsspielräume ziehen wird, um so ein starkes Signal an die neue EU-Kommission zu senden. Darin werden schwerpunktmäßig die Themen Transparenz sowie Einbindung und Information der Abgeordneten über die weiteren Verhandlungen im Vordergrund stehen.
- **Konsultation:** Der bvöd hat am 31.10.2014 seinen Beitrag zur Konsultation der Europäischen Bürgerbeauftragten zur Transparenz der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft eingereicht. Beitrag herunterladen: [LINK](#)
- **Singapur-Abkommen:** Zurzeit lässt die EU-Kommission vom Europäischen Gerichtshof eine [Prüfung ihrer Kompetenzen](#) und damit eine Auslegung des Vertrags von Lissabon für eine Unterzeichnung des [Freihandelsabkommens mit Singapur](#) (EUSFT) vornehmen.



## EU-News im Überblick

---

### **VDV-Positionspapier zum vierten EU-Eisenbahnpaket veröffentlicht**

Der VDV fordert in seinem Positionspapier vom 30.09.2014 die europäischen Entscheidungsträger auf, der technischen Säule bei den weiteren Verhandlungen Vorrang einzuräumen, da dieses vom Sektor dringend erwartet wird. Eine Änderung der EU-Verordnung 1370 noch vor Ablauf ihrer Übergangsfrist ist verfrüht und sollte derzeit aus Gründen der Rechtssicherheit gar nicht erfolgen. Mit Blick auf die Anforderungen an Eisenbahn- und Infrastrukturunternehmen in der modifizierten Richtlinie 2012/34 sollte ausreichend Zeit für Überlegungen und Kompromissfindung eingeplant werden.

Quelle: [VDV](#)

### **EU-Kommission will von Deutschland Informationen zur Umsetzung der EU-Regeln**

Die Kommission hat Deutschland, Ungarn und Slowenien am 30.09.2014 aufgefordert, Einzelheiten über die Umsetzung der EU-Vorschriften für die Entsorgung alter Elektro- und Elektronikgeräte in nationales Recht mitzuteilen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Richtlinie zu CSR-Berichterstattung verabschiedet**

Mit großer Mehrheit hat der Rat der EU die Richtlinie zur verpflichtenden CSR-Berichterstattung am 30.09.2014 angenommen. Damit wird die bereits im April vom Europäischen Parlament verabschiedete Richtlinie voraussichtlich noch in diesem Jahr in Kraft treten und muss dann innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Die CSR-Richtlinie legt neue Berichtspflichten für große Unternehmen fest, die von öffentlichem Interesse sind. Das trifft vor allem auf börsennotierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zu. Zukünftig müssen die betroffenen Unternehmen in ihren Lageberichten wesentliche nichtfinanzielle Aspekte berücksichtigen und diese auch veröffentlichen.

Quelle: [BMJV](#)

### **Jahresbericht 2013 der EU-Bürgerbeauftragten veröffentlicht**

In ihrem Jahresbericht zog die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly am 06.10.2014 Bilanz über die Eingaben von EU-Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2013. Wichtige Erkenntnisse sind: Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Transparenz der europäischen Institutionen und bessere Vertragstreue. Hauptanliegen der Europäer sind mehr Transparenz und die bessere Einhaltung europäischer Verträge. Beschwerden und Eingaben gab es zu den Themen Dienstleistungskultur, Grundrechte, von der EU geförderte Projekte und Programme, Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen der EU, Ethische Fragen sowie Transparenz.

Quelle: [EU](#)

### **EU-Kommission will CO2-Intensität von Kraftstoffen senken**

Ein Vorschlag zur Einführung einer Norm für CO2-arme Kraftstoffe ist am 07.10.2014. von Klimakommissarin Connie Hedegaard vorgestellt worden. Er umfasst einen Mechanismus zur Erfassung der Emissionen aus dem

Straßenverkehr und soll die 2009 geänderte Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen umsetzen.  
Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Job-Gipfel in Mailand: Mitgliedstaaten sollen Jugendgarantie schneller umsetzen**

Am 08.10.2014 hatten in Mailand die europäischen Arbeitsministerinnen und Arbeitsministern über die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa beraten. Die EU-Kommission forderte die Mitgliedsstaaten dazu auf, die von ihnen eingegangenen Haushaltsverpflichtungen speziell zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit einzuhalten.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Mitteilung über den Umsetzungsstand des Energiebinnenmarktes vorgelegt**

Eine am 13.10.2014 von der EU-Kommission veröffentlichte Mitteilung besagt, dass Investitionen in grenzüberschreitende Infrastrukturen (Interkonnektoren) und intelligente Stromnetze und damit in einen integrierten europäischen Energiemarkt volkswirtschaftliche Vorteile von 16 bis 40 Milliarden Euro jährlich bringen könnten. Man wolle "in den kommenden Monaten" diesbezüglich Vorschriften erlassen. Der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) begrüßt den Netz-Schwerpunkt der EU-Mitteilung. Er warnt aber davor, die Ausnahmeregelungen für kleinere Netzbetreiber bei der Entflechtung (De-minimis) abzuschaffen, wie es die nationalen EU-Regulierer fordern. Für den [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#) ist die Mahnung aus Brüssel an die Mitgliedsstaaten, Märkte für Kraftwerks-Kapazitäten diskriminierungsfrei gegenüber ausländischen Anbietern zu gestalten, eine Bestätigung seiner Forderung nach dezentralen Leistungsmärkten.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Kommission präsentiert ersten Bericht zu Energiesubventionen**

Die EU-Kommission hat am 13.10.2014 zudem erstmals eine vorläufige Studie über Energiesubventionen in den 28 EU-Mitgliedstaaten vorgelegt. Demnach flossen 2012 EU-weit 120 bis 140 Milliarden Euro öffentliche Gelder in die Energiemärkte. Besonders profitierten die erneuerbaren Energien davon.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Juncker besetzt Bereiche Verkehrspolitik und Energie-Union neu**

Der Rat der Europäischen Union bestätigte am 15.10.2014 die vom designierten Präsidenten der Kommission Juncker geänderte [Liste der designierten Kommissionsmitglieder](#). Auf dieser ist die Slowenin Violeta Bulc für das Ressort der Verkehrskommissarin vorgesehen. Der designierte slowakische Kommissar Maroš Šefčovič wird für den Posten des Vizepräsidenten für die Energieunion vorgeschlagen.

Quelle: [Euractiv](#)

### **Studie „Nationale Anpassungspolitikprozesse in europäischen Ländern“ der Europäischen Umweltagentur veröffentlicht**

Drei Viertel der 30 befragten EU-Länder geben laut der am 14.10.2014 veröffentlichten [Studie](#) an, dass die Anpassung an den Klimawandel Teil ihrer politischen Agenda sei. Fast alle Länder geben an, dass extreme Wetterereignisse der Auslöser für Anpassungsmaßnahmen waren. Als zweithäufigster Grund für das Entwickeln nationaler Anpassungsmaßnahmen wurden Strategien der EU angeführt, welche die Anpassung an den

Klimawandel mit einbeziehen, gefolgt von Kosten für Schäden und wissenschaftlicher Forschung. Von den meisten Ländern werden Hindernisse bei der Maßnahmenergreifung identifiziert – mehr als drei Viertel der Länder führten einen Mangel an Ressourcen wie z.B. Zeit, Geld und Technologien als Hindernis an. "Unsicherheiten über das Ausmaß des zukünftigen Klimawandels" und "unklare Verantwortlichkeiten" werden ebenfalls von einer Vielzahl von Ländern als Hindernisse gesehen.

Quelle: [EEA](#)

### **100 europäische Städte schließen sich Klimaaktionen an**

Am 16.10.2014 haben sich 100 europäische Städte im Rahmen der [Mayors Adapt-Initiative der EU-Kommission](#) verpflichtet, den Klimawandel durch gezielte Maßnahmen aufzuhalten. Während der eintägigen Feierlichkeiten hatten die Teilnehmer Gelegenheit zu diskutieren, wie Städte den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels besser entgegenwirken können, und Erfahrungen und bewährte Praktiken auszutauschen. Die Mayors Adapt-Initiative wurde im Rahmen der erfolggekrönten Initiative Covenant of Mayors (Bürgermeisterkonvent) im März 2014 lanciert. Während sich letztere auf Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen konzentriert, liegt der Schwerpunkt von Mayors Adapt auf Anpassungsmaßnahmen. Die Unterzeichnerstädte umfassen Gemeinden wie Agueda in Portugal und Zwijndrecht in Belgien, aber auch Metropolen wie Barcelona, Kopenhagen, Frankfurt, Glasgow, Lissabon, München, Neapel und Rotterdam.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Deutschland erhält 2,6 Milliarden Euro aus ESF für Beschäftigung und Integration**

Mit der Billigung des deutschen „Operationellen Programms des Bundes für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014-2020“ am 21.10.2014 unterstützt die EU von 2014 bis 2020 die Schaffung von Jobs und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland mit mehr als 2,6 Milliarden Euro. Das Programm legt einen Schwerpunkt auf die Erleichterung des Übergangs benachteiligter junger Menschen von der Schule zur Arbeit, auf die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei der Wiederaufnahme einer Arbeit und auf die Förderung der sozialen Integration. Insgesamt sieht Deutschland 4,8 Milliarden Euro Förderungen vor.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Bankenabgabe: Ausnahmen für Sparkassen vorgesehen**

Die EU-Kommission will kleineren Geldhäusern wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei der europäischen Bankenabgabe entgegengekommen. Sie sollen bis zu einer bestimmten Größe nur eine geringe Pauschale an den Rettungsfonds überweisen, der im Notfall strauchelnde Banken retten soll, heißt es im Vorschlag zu den Durchführungsvorschriften zum EU-Bankenabwicklungsrecht vom 21.10.2014. Die Vorschriften treten in Kraft, wenn ihnen EU-Staaten und europäisches Parlament nicht widersprechen. „Der Rechtsakt berücksichtigt, dass kleine Institute im allgemeinen kein großes Risikoprofil haben und häufig weniger systemrelevant sind als große Institute“, argumentierte die Kommission. Für 90 Prozent der Beiträge sollen die Großbanken aufkommen. [Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zeigte sich erfreut über die Vorschläge.](#) Mit der Bankenabgabe füllen die Banken der Eurozone den gemeinsamen Rettungsfonds auf, der ab 2016 startet und in acht Jahren mit 55 Milliarden Euro gefüllt sein soll.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### Neue EU-Kommission vom Parlament gewählt

Das Europäische Parlament hat am 22.10.2014 das [neue Kollegium von 27 Kommissaren](#) mit 423 Ja-Stimmen, 209 Nein-Stimmen und 67 Enthaltungen gebilligt. Die neue Kommission muss nun noch von den EU-Staats- und Regierungschefs offiziell ernannt werden, damit sie ihre Amtszeit von 5 Jahren am 1. November antreten kann.

Quelle: [EU-Parlament](#)

### EU-Kommission kündigt Konjunkturprogramm für Wirtschaftswachstum an

Noch vor Jahresende plant die neue EU-Kommission ein 300 Milliarden Euro-Investitionspaket für Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg zu bringen. [Vor dem EU-Parlament führte der neue EU-Kommissar Katainen aus](#), dass bereits vorhandene EU-Mittel effizienter eingesetzt und privates Kapital mobilisiert werden sollten.

Quelle: [Zeit Online](#)

### Einigung auf Klimakompromiss beim EU-Gipfel: 27-27-40

Der Europäische Rat der EU-Staats- und Regierungschefs hat sich in der Nacht auf den 24.10.2014 während seines Gipfels auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 für die EU verständigt. Für den bis 2030 zu erreichenden Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in der EU wird ein EU-Ziel von mindestens 27 Prozent festgesetzt. Dieses Ziel wird auf EU-Ebene verbindlich sein. Zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 wird auf EU-Ebene ein indikatives Ziel von mindestens 27 Prozent vorgegeben. Gebilligt wurde außerdem das verbindliche Ziel, die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates: [LINK](#)

Quelle: [Euractiv](#)

### EUA: EU-Treibhausgasemissionen gegenüber 2012 zurückgegangen

Ein am 28.10.2014 veröffentlichter Fortschrittsbericht der Europäischen Umweltagentur und der Europäischen Kommission besagt, dass die Treibhausgasemissionen in der EU im Jahr 2013 gegenüber 2012 um 1,8 Prozent zurückgegangen sind und den niedrigsten Stand seit 1990 erreicht haben. Der Bericht enthält erstmals auch Angaben über die Verwendung von Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten im Europäischen Emissionshandel.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### Haushalte der Euroländer ohne schwere Mängel

EU-Kommissionsvizepräsident und Währungskommissar Jyrki Katainen sieht keine schwerwiegenden Probleme mit den von den Euro-Staaten vorgelegten Budgetentwürfen. "Nach Berücksichtigung aller Fakten und Nachbesserungen, die uns in den letzten Tagen erreicht haben, kann ich auf den ersten Blick keine Fälle von schwerwiegenden Verstößen feststellen, die uns veranlassen könnten, in dieser Phase des Verfahrens eine negative Stellungnahme in Betracht zu ziehen", erklärte Katainen am 28.10.2014. Er schloss aber nicht aus, dass nach abschließender Prüfung im November weitere Schritte in den Defizitverfahren gegen einzelne Euro-Staaten eingeleitet werden.

Quelle: [EU-Kommission](#)

## Aktuelles aus Wissenschaft und Forschung

---

### Analyse der föderalen Finanzbeziehungen und aktuell diskutierte Reformansätze veröffentlicht

Das Institut Finanzen und Steuern e.V. hat am 14.10.2014 eine Analyse der föderalen Finanzbeziehungen und aktuell diskutierte Reformansätze unter dem Titel „[Föderalismusreform III](#)“ herausgegeben. Autor ist Prof. Dr. Thomas Lenk von der Universität Leipzig, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd. Der Beitrag gibt einen detaillierten Überblick zum komplexen System des bundesdeutschen Finanzausgleichs. Im Lichte der aktuellen -Debatte um eine mögliche Novellierung enthält er zudem eine ausführliche kritische Diskussion der föderalen Finanzbeziehungen.

### Studie "Finanzielle Bürgerbeteiligung in Kommunen" veröffentlicht

Das Leipziger Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig hat am 17.10.2014 gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung und der Kanzlei Wolter-Hoppenberg die Studie „[Finanzielle Bürgerbeteiligung als Option zur Sicherung von Mindestangeboten in der kommunalen Leistungserbringung?](#)“ vorgestellt. „Die Städte und Gemeinden können sich aufgrund der genannten Anforderungen finanzielle Bürgerbeteiligungen vor allem im Bereich der freiwilligen kommunalen Aufgaben vorstellen. Für die Leistungserbringung im pflichtigen Aufgabenbereich hingegen sehen sie nur bedingte Anwendungsmöglichkeiten finanzieller Bürgerbeteiligungen, meist auch nur in Form der Möglichkeit der passiven direkten finanziellen Bürgerbeteiligung“, sagt Dr. Oliver Rottmann, Studienleiter und Geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums an der Universität Leipzig und zudem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd.

### Veranstaltungshinweis: Tagung zu ökonomischen Aspekten der Abfallwirtschaft

Am 28.01.2015 findet in Leipzig im Rahmen der Internationalen Fachmesse für Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen, TerraTec, die [Tagung zu ökonomischen Aspekten der Abfallwirtschaft](#) statt. Veranstalter ist das Institut für Infrastruktur und Ressourcenmanagement der Universität Leipzig von Prof. Robert Holländer, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, in Zusammenarbeit mit der DGAW - Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft. Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beleuchten auf dieser Fachtagung den Themenbereich Kreislaufwirtschaft und Marktentwicklung. Diskutiert werden Randbedingungen der kommunalen Abfallwirtschaft mit Kostenfaktoren wie Anlagenbestand und Anpassung an neue Aufgaben. Diskutiert werden auch die sich weiter entwickelnden Sekundärrohstoff-Märkte an Beispielen wie Papier, Metall, Altöl oder Kunststoffen.

Informationen zu Programm und Anmeldung: [hier](#)

### Veranstaltungshinweis: 1. KVK-Netzsymposium in Köln

Die Veranstaltung am 10.12.2014 in Köln trägt den Titel „[Rekommunalisierung am Scheideweg – wer profitiert von Energienetzen in kommunaler Hand?](#)“ und wird vom Kompetenzzentrum Verteilnetze und Konzessionen durchgeführt, dessen Wissenschaftlicher Direktor Prof. Andreas Hoffjan, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, ist.

## Kontakt

---

Dominik Hellriegel

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email [hellriegel@bvoed.de](mailto:hellriegel@bvoed.de)

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)